### In dieser Ausgabe

Wer die Wahl hat...
Seite 4

Auf dem Weg zur Datenautobahn Seite 7

Mitmischen, einmischen, Akzente setzen Seite 9





### Inhalt

- 3 Vorwort
- 4 Wer die Wahl hat...
- 6 Jahreshauptversammlung der FU
- 7 Auf dem Weg zur Datenautobahn
- 9 Mitmischen, einmischen, Akzente setzen
- 10 Das neue Polizeiaufgabengesetz
- 13 Jubiläumsgrüße an Dr. Susanne Plank
- 14 Inserate

## **Impressum**

#### Junge Union Maxhütte-Haidhof

Vorsitzender Matthias Meier Regensburger Str. 36 93142 Maxhütte-Haidhof E-Mail: info@ju-maxhuette.de www.ju-maxhuette.de www.facebook.com/jumaxhuette V.i.S.d.P.: Junge Union Maxhütte-Haidhof, Vorsitzender Matthias Meier, Regensburger Str. 36, 3142 Maxhütte-Haidhof

#### Fotos:

Coverbild: Johannes Fischer Photography Rechte für das verwendet Bildmaterial liegen bei derJungen Union Maxhütte-Haidhof, CSU OV Maxhütte-Haidhof und der Frauenunion (sofern im Artikel nicht anders vermerkt). "Das Schwarze Brett" Ausgabe 01/2018 Auflage 4000 Sück





#### STICH INS AUGE

TEXTIL I WERBUNG I DESIGN WOLFGANG GRAF

Gögglbacher Ring 19 92421 Schwandorf

Tel. +49 (0) 151 40 43 10 73 Mail. info@stich-ins-auge.de www.stich-ins-auge.de



#### Vorwort

#### Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

Unser Magazin, "Das schwarze Brett", hat nun bereits das elfte mal die Druckerpresse verlassen und wir haben wieder interessante Einblicke für Sie aus der Maxhütter Kommunalpolitik. Die CSU Familie in Maxhütte-Haidhof nennt sich nicht nur eine "Familie", sie lebt das auch! Generationenübergreifend packen wir für unsere schöne Stadt an und neben unseren neun Stadträten und unserer Bürgermeisterin im Rathaus engagieren sich auch viele weitere Mitglieder in CSU, Junger Union oder Frauen Union. "Maxhütte-Haidhof blüht auf" war das Motto 2014 im Kommunalwahlkampf und wir meinen, das tut diese Stadt auch in der Tat prächtig.

Lassen Sie uns weiter gemeinsam unsere Stadt gestalten und scheuen Sie nicht Lob, Kritik oder Anregungen an uns weiterzugeben. Kontaktdaten finden Sie im Impressum.

#### Viel Spaß beim Lesen wünscht die Unionsfamilie Maxhütte-Haidhof



#### Wer die Wahl hat...

#### hat die Qual, sagt man so....

Wir feiern heuer "100 Jahre Freistaat Bayern". Am 08. November 1918 – drei Tage vor dem offiziellen Ende des 1. Weltkriegs – ruft Kurt Eisner den Freistaat Bayern aus. Die Volkskrone löst die Königskrone ab. Die Bamberger Verfasung vom 17. März 1919 schließt den Übergang vom Königreich zum Freistaat Bayern ab. Seitdem ist Bayern ein Freistaat ( auch Sachsen und Thüringen ), wird aber nach dem 2. Weltkrieg in der Verfassung von 1946 neu begründet.

#### Was ist ein Freistaat?

Ein Freistaat ist ein Staat frei von Monarchie und Ständen – Freistaat heißt Republik und bedeutet so viel wie "öffentliche Sache". Und "öffentliche Sache" wiederum heißt: Der Staat, das sind wir alle! Artikel 20 unseres Grundgesetzes sagt: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus!" Wir sind also alle dafür verantwortlich, dass wir in Frieden, Freiheit und Wohlstand leben können. Das geht aber nur, wenn auch alle anerkennen, dass wir neben den in der Bayer. Verfassung und dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland garantierten Grundrechten auch Pflichten haben.

#### Wahlrecht oder Wahlpflicht?

Wir haben in Deutschland ein garantiertes Wahlrecht, aber niemand ist vom Gesetz her verpflichtet, zur Wahl zu gehen. Es gibt aber verschiedene Länder, in denen Wahlpflicht besteht. Wer nicht zur Wahl geht, kann dafür bestraft werden. Luxemburg z.B. hat

die Wahlpflicht, Strafen wegen einer Nichtteilnahme werden aber nicht mehr vollzogen. Die Wahlbeteiligung bei der letzten Europawahl lag trotzdem bei 90,3 Prozent, in Deutschland bei 47,9 Prozent.

#### Brauchen auch wir eine Wahlpflicht?

Wie die Erfahrungen aus Luxemburg und anderen Ländern zeigen, würde eine Wahlpflicht mit Sicherheit die Wahlbeteiligung erhöhen, sie würde aber der in unserem Grundgesetz verankerten Wahlfreiheit widersprechen.

### Was brauchen wir dann? Wir brauchen

- 1. Parteien und Politiker, die den Menschen klarmachen, dass es sich lohnt, wählen zu gehen und sich für eine Partei zu entscheiden. Dazu muss aber die Botschaft bei den Bürgern ankommen. Die Parteien sind der Sender.
- 2. Bürger, die bereit sind, die Botschaft auch aufzunehmen. Was hilft der beste Sender, wenn der Empfänger der Wähler nicht auf Empfangschaltet?

Aber genau hier liegt das Problem. Politiker beklagen, dass sie der "Bürger nicht mehr versteht", und der Bürger beklagt sich darüber, dass "die da oben tun was sie wollen und uns nicht zuhören"!

#### Lösung?

Einen einfachen Lösungsvorschlag gibt es sicher nicht. Aber die Politiker können schon durch eine ordentliche Arbeit und eine entsprechenden Darstellung etwas dazu beitragen, dass diese sog. Politikmüdigkeit oder –verdrossenheit nicht weiter um sich greift. Dass aber die Darstellung der politischen Arbeit stark vom Wohl und Wehe der Medien abhängt, kann keiner bestreiten. Aber unsere Pressefreiheit gibt dem Bürger und Wähler die Möglichkeit, sich zu informieren und sich selbst ein Bild zu machen. Man kann und muss vom Bürger aber auch verlangen, dass er diese Möglichkeiten nutzt und sich um seine Belange schon auch selbst kümmert. Wer sich nicht informiert oder nicht zur Wahl geht, weil ihm "die Politik hinten vorbeigeht", handelt absolut fahrlässig. Wer aber einfachen, hetzerischen Parolen auf dem Leim geht, kann hinterher nicht sagen, "das habe ich nicht gewusst"!

#### Die Wahl in Bayern im September

Man kann sicherlich darüber streiten, ob es sinnvoll und notwendig war, gerade jetzt im Wahlkampf die Anordnung "Kreuz in den öffentlichen Gebäuden" zu erlassen. Aber sowohl die Medien als auch die Kirchen sollten schon registrieren und akzeptieren , dass eine deutliche Mehrheit der Bayer. Bevölkerung hier Zustimmung signalisiert.

Über die Änderung des Bayer. Polizeiaufgabengesetzes finden Sie in

dieser Ausgabe einen eigenen Artikel. Aber eine Bemerkung will ich hierzu machen: Nach dem Attentat am Weihnachtsmarkt in Berlin wurde die Polizei massiv kritisiert, weil sie den Attentäter angeblich nicht rechtzeitig eingesperrt hat. Verschwiegen wird aber, dass es in Bezug auf seine terroristischen Planungen hierfür überhaupt keine rechtl. Handhabe nach dem Polizeigesetz gab. Und genau solche Lücken will das Bayer. PAG schließen.

Aber die Politik der Bayer. Staatsregierung und der CSU besteht nicht nur aus "Kreuzerlass" oder aus "PAG". Es muss doch einen Grund haben, warum Bayern im Konzert der deutschen Bundesländer die erste Geige spielt. Und es muss auch einen Grund haben, warum die CSU in den Umfragewerten fast vier mal so stark ist wie der nächste Verfolger.

#### Mein Tipp zur Wahl

Nutzen Sie in den nächsten Tagen und Monaten die Gelegenheit, sich zu informieren. Schauen und hören Sie genau hin, was Ihnen die unterschiedlichen Parteien zu sagen haben. Schauen Sie sich die Bundestagsdebatte zum Haushalt an und überlegen Sie, ob wirklich alle Redebeiträge ein Garant für unsere Demokratie sein können.

#### Wer die Wahl hat, hat keine Qual!

#### Ihr

Sepp Stadlbauer

#### Jahreshauptversammlung der FU

Zu ihrer Jahreshauptversammlung mit Frauenfrühstück traf sich die FrauenUnion Maxhütte-Haidhof im neu eröffneten Bergers Café und Hofladen in Pirkensee. Neben den zahlreich erschienen Mitgliedern konnte Vorsitzende Sonja Franke-Biersack die Bürgermeisterin Dr. Susanne Plank, den CSU-Vorsitzenden Josef Stadlbauer und den Vorsitzenden der Jungen Union Matthias Meier begrüßen.

In ihrem Rechenschaftsbricht ließ die Vorsitzende das vergangene Jahr Revue passieren und erwähnte dabei das ständige Wachsen der Stadt MH, das mit einer Blume zu vergleichen sei. Aus dem Samen, um den man sich gut kümmert, gedeiht eine prächtige Blume. Dieses Motto hatte sich die CSU bereits bei der letzten Kommunalwahl mit dem Slogan "MH, eine Stadt blüht auf" zum Ziel gesetzt und durch das gemeinsame Miteinander der CSU Familie sei genau dies gelungen.

Franke-Biersack begrüßte neue Mitglieder und forderte dazu auf, weiterhin demokratische Gedanken und christliche Werte zu verteidigen und sich gegen Stimmen zu wehren, die alles schlechtreden.

"Wir wollen weiterhin in Frieden und Sicherheit leben und deshalb gilt es, unsere Partei zu unterstützen."

OV Stadlbauer, pensionierter Polizeibeamter und ehemaliger Fachhochschullehrer, erläuterte noch einige wichtige Punkte zum neuen Polizeiaufgabengesetz und die Sitzung endete mit interessanten Beiträgen und Vorschlägen für geplante, gemeinsame Aktivitäten.



#### Auf dem Weg zur Datenautobahn

"Auf dem Weg zur Datenautobahn. Der Ausbau von schnellem Internet läuft in Bavern auf Hochtouren. Die Gemeinde Maxhütte-Haidhof im Landkreis Schwandorf hat dies erkannt", freute sich Finanz- und Heimatminister Albert Füracker bei der Übergabe des Breitband-Förderbescheides in Höhe von 753.900 Euro an die 1. Bürgermeisterin von Maxhütte-Haidhof, Dr. Susanne Plank, am Samstag (21.04.). Damit haben bereits 1.706 Gemeinden und mehr als 80 Prozent aller bayerischen Kommunen einen Förderbescheid erhalten. "Breitband ist Zukunft. Nur wo Breitband vorhanden ist, werden Arbeitsplätze entstehen und erhalten. Ziel sind hochleistungsfähige Breitbandnetze mit Übertragungsraten von mindestens 50 Mbit/s. Hierfür stellt der Freistaat Bayern bis zu 1,5 Milliarden Euro zur



Verfügung – eine bundesweit einzigartige Summe. Unsere Breitbandförderung ist entscheidend für die Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raums", betonte Füracker.

"Unsere Breitband-Strategie ist genau richtig für Bayern und ermöglicht Glasfaser bis ins Haus. Wo dies geschieht entscheiden allein die Gemeinden im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit", so Füracker. Die Gemeinden in der Oberpfalz engagieren sich stark beim Breitbandausbau, Mit 223 Gemeinden befinden sich in der Oberpfalz 99 Prozent im Förderverfahren. 210 Kommunen wurde inzwischen eine Fördersumme von insgesamt über 104 Millionen Euro zugesagt. Ein Teil der Fördermittel von maximal rund 180 Millionen Furo für die Oberpfalz ist aber noch offen. "Investieren Sie weiter in den zukunftsweisenden Ausbau des schnellen Internets und schließen Sie auch kleine Ortschaften an", appellierte Füracker.

Der Ausbau von schnellem Internet geht mit Riesenschritten voran. Bayernweit sind bereits 98 Prozent (2.005) aller Kommunen in das bayerische Förderverfahren eingestiegen. 1.706 Kommunen starten mit einer Gesamtfördersumme von rund 760 Millionen Euro in die Bauphase. Bei diesen Projekten werden rund 40.000 km Glasfaserleitungen verlegt und weit über 700.000 Haushalte mit schnellem Internet versorgt, vor allem im ländlichen Raum. Über 94.000 Haushalte erhalten einen

Glasfaseranschluss bis in die Gebäude. Mehr als 1,000 Maßnahmen sind bereits abgeschlossen und in Betrieb. Seit Ende 2013 wurden über 1,8 Mio. Haushalte an das schnelle Internet angeschlossen. Das sind mehr Haushalte als die Bundesländer Bremen, Saarland, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Schleswig-Holstein jeweils insgesamt haben. In allen bayerischen Gemeinden ist mittlerweile ein Glasfaseranschluss vorhanden – alle Gemeinden sind auf der Datenautobahn. Wichtige Hilfe für die Kommunen ist die Beratung durch die Breitbandmanager an den Ämtern für Digitalisierung, Breitband und Vermessung. In über 8.300 persönlichen Gesprächen wurde jede Gemeinde beraten.

Am 1. Juli 2017 startete mit dem Höfebonus die nächste Stufe der baverischen Gigabeitinitiative. Damit sollen vor allem dünn besiedelte Flecken Baverns mit Glasfaser (FTTB) erschlossen werden. "Auch die letzten weißen Flecken auf der Landkarte Baverns wollen wir an die Datenautobahn anschlie-Ren. Das sind vor allem Kommunen mit. vielen Streusiedlungen und Hoflagen. Gerade diese Gemeinden wollen wir beim Ausbau von noch unversoraten Bereichen zusätzlich unterstützen", hob Füracker hervor. Im Regierungsbezirk Oberpfalz können voraussichtlich 60 Kommunen mit rund 30 Millionen Furo profitieren und bisher unversorgte

Bereiche erschließen. Die bisherigen individuellen Förderhöchstbeträge der Kommunen werden verdoppelt. Der Fördersatz wird auf 80 % angehoben. Kommunen mit einem bereits erhöhten Fördersatz von 90 % behalten diesen. "Damit können auch kleine Weiler und Einzelgehöfte an das Glasfasernetz angeschlossen werden. Bayern braucht flächendeckend schnelles Internet", so Füracker.

Pressemitteilung vom 21.04.2018 Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat





#### Mitmischen, einmischen, Akzente setzen

Am 29.05.2018 fand die diesjährige Jahreshauptversammlung der JU Maxhütte-Haidhof statt. Ortsvorsitzender Matthias Meier zog Bilanz für das vergangene Jahr und gab sich zufrieden. Er stellte fest, dass die JU genau das macht was sie tun soll: "Mitmischen, einmischen, Akzente setzen." So sei auch die inhaltliche Arbeit wieder ernst genommen worden und man habe inhaltlich in der Kommunalpolitik mitgewirkt. Der Antrag zum "Maxhütter Groschen" und die klare Positionierung zum Nachtbus nannte er exemplarisch. Die JU sei überall präsent, egal ob Weihnachtsmarkt, Bürgerfest oder Vergleichsschießen. Meier betont: "Die JU ist die einzige und damit größte politische Jugendorganisation in Maxhütte-Haidhof, wir stehen für frischen Wind in der Kommunalpolitik und beweisen regelmäßig, dass wir unser politisches Handwerk beherrschen."



Bürgermeisterin Dr. Susanne Plank hob in ihrem Grußwort die Bedeutung der JU heraus: "Ihr seid nicht nur gesellschaftlich aktiv sondern bringt euch auch in der Kommunalpolitik ein.", damit verfolge die JU eine ausgezeichnete inhaltliche Arbeit, sei aber auch ein Verein in dem man Spaß haben könne. "Lasst euch euer Motto "Party & Politics" nicht nehmen.", resümierte sie.

Landtagsabgeordneter Alexander Flierl lobte die JU Maxhütte-Haidhof für ihr Engagement und gab einen Ausblick auf die Landtagswahl. Die CSU biete die besten Konzepte für Bayern an.

CSU Ortsvorsitzender Josef Stadlbauer hob die Gemeinschaft in der Maxhütter Union hervor: "Die CSU Familie ist keine leere Floskel, wir leben das hier in Maxhütte-Haidhof, weil bei uns in der CSU alle Generationen Hand in Hand zusammenarbeiten."

Stellvertretender JU Kreisvorsitzender Alexander Trinkmann zeigte sich beeindruckt von Meiers Bericht. Ein Verband mit solch einer Aktivität suche Seinesgleichen.

von Matthias Meier

#### Das neue Polizeiaufgabengesetz

#### Ein paar Diskussionspunkte

Am 15. Mai wurde es also beschlossen. das neue bayerische Polizeiaufgabengesetz (PAG). Wird man nun ohne richterlichen Beschluss in "Beugehaft" genommen oder auf Demonstrationen mit Handgranaten beworfen, wie die Gegner des neuen PAGs behaupten? Und was ist überhaupt diese drohende Gefahr, bei der es möglich sein soll, gegen Menschen, die noch keine Straftat begangen haben, polizeilich vorzugehen, sie sogar einzusperren? Warum braucht die Polizei eigentlich mehr Befugnisse, reicht es nicht aus, wenn man mehr Polizisten einstellt? Auch wenn im Rahmen eines solchen kurzen Beitrages nicht auf alle diskussionswürdigen Aspekte eingegangen werden kann, soll dieser Beitrag einen kurzen Aufriss dieser häufigen Diskussionspunkte liefern.

### I. Vorsorge ist besser als Nachsorge - der Grundgedanke des PAG

Bevor man sich den besagten Fragen widmet, sollte man sich Sinn und Zweck des PAG vergegenwärtigen. Beim PAG geht es nicht darum, Straftäter zu verfolgen, sondern gerade darum, Straftaten bereits im Vorfeld zu verhindern und andere Gefahren (präventiv) abzuwehren. In Anlehnung an ein bekanntes Sprichwort kann man also sagen: Das PAG soll verhindern, dass das Kind in den Brunnen fällt. Ist eine Straftat begangen, ist es für Maßnahmen nach dem PAG folglich zu spät, denn dann ist das sprichwörtliche Kind bereits in den Brunnen gefallen. In diesem Fall

handelt die Polizei dann auf Grundlage der Strafprozessordnung (repressiv) zur Strafverfolgung.

### II. Warum braucht die Polizei neue Befugnisse?

Vielfach wird von der Opposition behauptet, die Polizei bräuchte keine neuen Befugnisse. Vielmehr sei es ausreichend, mehr Polizisten einzustellen. Mehr Polizisten für Bayern sind in der Tat wichtig. Doch ist die Staatsregierung hier nicht untätig. So sollen bis zum Jahr 2020 insgesamt 2000 neue Stellen bei der Polizei geschaffen werden (https://www.stmi.bayern.de/med/pressemitteilungen/pressearchi-v/2018/59b/index.php, aufgerufen am 22.5.2018).

Die Polizisten müssen aber auch rechtlich die nötigen Befugnisse haben, um Gefahren effektiv abwehren und Straftaten verhindern zu können. Gegen (neue) Gefahren aus dem Internet, helfen die bisherigen normalen Standardbefugnisse nicht. Liegen der Polizei zum Beispiel Erkenntnisse vor. dass jemand einen Virus oder dergleichen programmiert, der darauf ausgerichtet ist, die Stromversorgung in Krankenhäusern abzuschalten, führen Hausdurchsuchung und eine Sicherstellung des Computers oft nicht zum Erfola. da man im Zweifel gar nicht weiß, wo sich der Computer befindet, auf dem der Virus programmiert wird. Eventuell befindet er sich auch gar nicht in Bayern oder Deutschland. In diesen Fällen



muss die Polizei entsprechende Standardbefugnisse haben, um Daten (hier den Virus) sicherzustellen, zu löschen oder verändern zu können. Nur so ist die Gefahr effektiv abzuwenden.

#### III. Was bedeutet eigentlich die "drohende Gefahr"?

"Drohende Gefahr" ist keine Erfindung des bayerischen Gesetzgebers. Bereits das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass der Gesetzgeber Befugnisse nicht nur an das Vorliegen einer konkreten, unmittelbar bevorstehenden oder gegenwärtigen Gefahr anknüpfen muss, sondern dass insoweit eine ausreichend konkretisierte Gefahr schon dann vorliegen kann, wenn bereits bestimmte Tatsachen auf eine im Einzelfall drohende Gefahr für ein überragend wichtiges Rechtsgut hinweisen (BVerfG, Urt. v. 20.2.2016 - 1BvR 966/09 u. 1 BvR 1140/09).

Der Bayerische Gesetzgeber hat die drohende Gefahr bereits 2017 in Art. 11 Abs. 3 PAG aufgenommen. Hiernach liegt eine drohende Gefahr vor, wenn die Polizei aufgrund von Tatsachen nachweisen kann, dass erhebliche Angriffe auf bedeutende Rechtsgüter (Bestand und Sicherheit des Bundes oder eines Landes, Leben, Gesundheit oder Freiheit, die sexuelle Selbstbestimmung, erhebliche Eigentumspositionen oder Sachen, deren Erhalt im besonderen öffentlichen Interesse liegt) zu erwarten sind oder solche Angriffe erhebliche Auswirkungen auf diese

Rechtsgüter haben können. Es droht also tatsächlich etwas Schlimmes, aber der konkrete Ablauf (insb. Zeit und Ort) sind nicht bekannt. In vielen dieser Fälle wäre man nach früherer Sichtweise ohnehin von einer konkreten Gefahr ausgegangen, so dass die Möglichkeiten der Polizei sicherlich nicht uferlos ausgeweitet wurden (vgl. Möstl, BayVBl 2018, 156, 158).

#### IV. Drei Monate Haft ohne richterlichen Beschluss?

Immer wieder ließt man im Rahmen der Diskussion um das neue PAG, dass es der Polizei nun möglich sei, Menschen für drei Monate ohne richterlichen Beschluss einzusperren. Diese Behauptung ist schlichtweg falsch. Ob aus Unwissenheit oder mit Täuschungsabsicht verbreitet, sei dahingestellt, Fakt ist: Nach Art. 20 Nummer 3 PAG ist eine festgenommene Person mit Ende des Tages nach der Festnahme zu entlassen, wenn nicht ein Richter die Fortdauer der Haft anordnet. Diese Vorschrift wurde in keinster Weise geändert.

#### V. Die Sache mit den Handgranaten

Handgranaten sind bereits seit der Existenz des PAG zugelassen. Sie sind auch im neuen PAG wieder zugelassen. Aber wie auch bisher werden die "normalen" Streifenpolizisten nicht mit Handgranaten ausgerüstet. Es geht vielmehr um den Einsatz durch Spezialeinheiten. Neu ist, dass nun nicht mehr nur der Innenminister, sondern auch der Landespolizeipräsident dem Einsatz zustimmen

kann und dass bei Gefahr im Verzug auch ohne Zustimmung ein Einsatz möglich ist. Weiterhin dürfen Handgranaten nur dann eingesetzt werden, wenn der unmittelbare Gebrauch von Schusswaffen und Sprengmitteln durch den Gefährder erkennbar beabsichtigt ist und der Einsatz andere Waffen ersichtlich aussichtslos oder unzureichend ist. Gegen Menschenmengen oder zur Herbeiführung der Fluchtunfähigkeit, dürfen Handgranaten ausdrücklich nicht eingesetzt werden (Art. 86 Abs. 3 PAG).

#### VI. Fazit

Das neue PAG berührt einen grundrechtssensiblen Bereich, so dass man über die Verfassungsmäßigkeit diskutieren kann und muss. Eine offensichtliche und/oder völlige Verfassungswidrigkeit des neuen PAGs ist jedoch auf den ersten Blick nicht ersichtlich. Im Rahmen der Diskussion sollte aber von "fake-news" abgesehen werden.

von Johannes Weiß

#### Für Interessierte:

Pressemitteilung des Bundesverfassungsgerichtes zur Entscheidung über die Ermittlungsbefugnisse des BKA: https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/bvg16-019. html.

Informationsseite zum PAG: http://www.polizeiaufgabengesetz.bayern.de/gesetz/index.php



Dr. Susanne Plank

Die CSU Stadtratsfraktion wünscht Bürgermeisterin Dr. Susanne Plank alles Gute zum 10-jährigen Dienstjubiläum und weiterhin viel Gesundheit und Glück.



















Güterstraße 9 93142 Maxhütte-Haidhof Tel.: 09471/301240 www.h-treml-gmbh.de



Anzeige







Anzeige

130 JAHRE BURSCHENVEREIN "3 ROSEN" PIRKENSEE E.V.













ONE ZERO



# 19.-22. JULI 2018 PIRKENSEE

DO

DER WAHNSINN GEHT WEITER...

LUIS TRINKER'S HÖHENRAUSCH

FR

WUID & LAUT

**DJANGO 3000** 

SLICK 50



SA

ZELTBEBEN

**BLECHBLOS'N** 

80

GROSSER FESTZUG SOLANGE DIE ROSE BLÜHT

STOAPFÄLZER SPITZBUAM REMMI DEMMI BOYS



















SET 2018